

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Die Situation von Endometriose- und Adenomyose-Betroffenen in Berlin verbessern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Grundlagen- und Versorgungsforschung am Berliner Endometriosezentrum (gemeinsam mit dem Bund) zu fördern und auszubauen und dabei die ärztliche Weiterbildung zur Versorgung von Patientinnen mit Endometriose und Adenomyose zu berücksichtigen;
2. zusammen mit der Ärztekammer Berlin zu überprüfen, ob die Themen Endometriose und Adenomyose entsprechend dem aktuellen Forschungsstand angemessen in Fort- und Weiterbildungen für die Ärzteschaft und weiteres medizinisches Fachpersonal behandelt werden; gegebenenfalls ist dieses Angebot weiterzuentwickeln;
3. zu prüfen, welche Parameter in einem berlinweiten Endometriose-Register erhoben werden könnten, um die Versorgungssituation von Endometriose- und Adenomyose-Betroffenen abzubilden, und wie dieses in die regelmäßige Gesundheitsberichterstattung des Bundes eingebunden werden kann;
4. im Netzwerk Frauengesundheit eine jährliche Fachtagung zum Thema Frauengesundheit anzuregen und zu unterstützen; im Rahmen der Fachtagung sollen sich Medizinerinnen und Mediziner über den aktuellen Stand der Gendermedizin informieren können und mit der Politik und Verbänden in den Austausch kommen;

5. eine landesweite Aufklärungskampagne über Endometriose zu konzipieren und durchzuführen; insbesondere sollen dabei Informationen über Endometriose im Rahmen des Aufklärungsunterrichts an Schulen weitergegeben werden;
6. die Grundlagen- und Versorgungsforschung sowie die multimodalen Therapieansätze bei Endometriose- und Adenomyose-Betroffenen auf die Agenda der Gesundheitsministerkonferenz sowie die der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz zu setzen mit dem Ziel, die interdisziplinäre Therapie zwischen insbesondere Gynäkologie, Schmerztherapie und Psychotherapie voranzubringen;
7. eine Bundesratsinitiative einzubringen, die nach dem Vorbild Frankreichs eine nationale Strategie gegen Endometriose mit konkreten Handlungsfeldern und Projekten beschreibt und zu deren Umsetzung ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen; bei der Strategie ist Adenomyose mitzudenken.

Dem Abgeordnetenhaus ist spätestens bis zum 31. Dezember 2024 zu berichten.

Begründung

Endometriose ist die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung in Deutschland. Laut dem aktuellen Frauengesundheitsbericht des Robert-Koch-Instituts ist eine von zehn Frauen von Endometriose betroffen. Mit bundesweit ca. zwei Millionen Erkrankten und jährlich etwa 40.000 Neudiagnosen ist Endometriose damit in der Gruppe der Betroffenen doppelt so häufig vertreten wie Typ-II Diabetes.

Zu den Symptomen der Erkrankung zählen extrem starke zyklusabhängige Unterleibsschmerzen, die es den Betroffenen teils unmöglich machen, kontinuierlich einer Beschäftigung nachzugehen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind die Ursachen dieser Erkrankung ungeklärt, sodass sich alle bestehenden Therapien ausschließlich auf die Behandlung der Symptome konzentrieren. Über ein Fünftel (22 %) der von Endometriose-Betroffenen leiden auch an Adenomyose, einer im Vergleich zu Endometriose noch weniger bekannten und erforschten Erkrankung, bei der Endometriose-Herde in der Muskelwand der Gebärmutter vorkommen. Ebenso wie bei der Endometriose sind starke Schmerzen bei der Menstruation, chronische Unterleibsschmerzen sowie eine eingeschränkte Fruchtbarkeit typische Symptome. Dass Adenomyose medizinisch gesehen die noch größere Unbekannte darstellt, demonstrieren die unterschiedlichen Angaben zu ihrem Vorkommen: Schätzungen über ihre Verbreitung variieren in der Literatur stark und reichen von 5 % bis zu 70 % aller Frauen.

Trotz der weiten Verbreitung der Krankheiten, den Konsequenzen für die Lebensqualität der Betroffenen, häufig unvertretbar langen Zeiträumen von sechs bis zehn Jahren bis zur Diagnose und ungeklärten Krankheitsursachen wurden die Themen Endometriose und Adenomyose bisher weder im Bundestag noch im Abgeordnetenhaus ausreichend diskutiert.

Vor diesem Hintergrund liegt es auch in der Verantwortung des Bundeslandes Berlins, Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer Verbesserung der Versorgungssituation von Betroffenen führen. Es müssen die Grundlagen- und Versorgungsforschung ausgebaut sowie die

Therapieansätze erweitert werden. Aufgrund der mit dieser Erkrankung einhergehenden Symptomatik, ist es mehr als nur eine somatische Erkrankung, so dass der interdisziplinäre Ansatz gestärkt werden muss.

Berlin, 23.05.2024

Stettner Zander
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Saleh König Golm
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD